

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Grüne/B90	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Gräf	SPD	entschuldigt
Frau Manuela Heise	SPD	entschuldigt
Herr Pertti Hermannek	Bündnis90/Die Grünen	nicht teilgenommen
Frau Ariane Wargowske	CDU/ANW	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Petra Deneke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.04.2015 und 20.05.2015 / Feststellung
der öffentlichen Tagesordnung vom 15.06.2015
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Wiedervorlagen
 - 4.1.1 Sportplatz Kirschallee
Vorlage: 15/SVV/0036
Fraktion DIE aNDERE
B/Sp., WA KIS
 - 4.1.2 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
Vorlage: 15/SVV/0043
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., KOUL, HA
 - 4.1.3 Potsdam Museum
Vorlage: 15/SVV/0233
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KW, HA

- 4.1.4 Staubschutz auf Baustellen
Vorlage: 15/SVV/0269
Fraktion DIE aNDERE
auch WA KIS und KOUL
- 4.2 Beschlussvorlagen
- 4.2.1 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2012 und
Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 15/SVV/0373
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
RPA
- 4.2.2 Sitzungskalender 2016
Vorlage: 15/SVV/0371
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
auch WA KIS
- 4.2.3 Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten (Kita
und Tagespflegestellen) in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Satzung)
Vorlage: 15/SVV/0374
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
JHA (ff)
- 4.2.4 Handyparken
Vorlage: 15/SVV/0395
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)
- 4.3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.3.1 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürger zur 10. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.04.2015 und 20.05.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung vom 15.06.2015

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7

Ausschussmitgliedern des Finanzausschusses anwesend.

Zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 22.04.2015 werden Hinweise gegeben. Die Niederschrift wird gemäß der Anmerkungen von Herrn Hintze überarbeitet.

Es wird sich einstimmig dazu verständigt, die Niederschrift erst in der nächsten Finanzausschusssitzung am 15.07.2015 zu bestätigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Die Niederschrift vom 22.04.2015 soll in der nächsten Sitzung am 15.07.2015 geändert bestätigt werden.

Die Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 20.05.2015 wird **bestätigt**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Die öffentliche Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner informiert zur aktuellen Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die Steuereinnahmen in Höhe von 143 Mio. EUR erreicht werden können.

Bei den Allgemeinen Zuweisungen für das Jahr 2015 wird es eine Verbesserung in Höhe von 1,3 Mio. € geben.

Weiterhin informiert Herr Exner ausführlich zum Thema Kosten der Unterkunft (KdU) – Bundesbeteiligung sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT).

Es werden Fragen in Bezug auf Einmalzahlung der Erstattung der zu Unrecht einbehaltenen KdU-Bundesbeteiligung gestellt sowie zum Zusammenhang KdU-Bundesbeteiligung und BuT-Mittel. Beides wird durch die Verwaltung beantwortet.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Wiedervorlagen

zu 4.1.1 Sportplatz Kirschallee

Vorlage: 15/SVV/0036

Fraktion DIE aNDERE

B/Sp., WA KIS

Herr Linke erläutert den Prüfantrag.

Herr Richter (Werksleiter KIS) informiert in Auswertung der im Werksausschuss KIS geführten Diskussion und deren Ergebnis. Er verdeutlicht, dass es sehr schwierig sei, in einem Workshop entstandene Hoffnungen hinsichtlich vorzunehmender Verbesserungen/Erweiterungen wieder zurück zu nehmen, wenn diese aus den verschiedensten Gründen nicht umsetzbar sind. Herr Linke führt aus, dass die in dem Workshop erarbeiteten Ziele auch zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden können.

Der Ausschussvorsitzende stellt den o. g. Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	2

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im 2. Quartal 2015 einen Workshop durchzuführen, in dem untersucht wird, ob und unter welchen Voraussetzungen auf dem Gelände des Sportplatzes Kirschallee ein zusätzlicher Kleinfeldplatz und/oder weitere Sportmöglichkeiten gebaut werden können.

Zum Workshop sollen neben den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung auch die Karl-Förster-Schule, die Potsdamer Kickers und der Stadtsportbund eingeladen werden.

zu 4.1.2 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen

Vorlage: 15/SVV/0043

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., KOUL, HA

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam an „Fairtrade-Towns“ in die Erarbeitung des Leitbildes für die LH P einzubeziehen.

zu 4.1.3 Potsdam Museum

Vorlage: 15/SVV/0233

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KW, HA

Der Antrag wird **zurückgezogen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rahmenbedingungen für den Bau eines Museums-Depots im Bereich der Mitte Potsdams zu klären. Dazu sind Investoren zu suchen, der Flächenbedarf sowie Kosten pro Jahr zu ermitteln und

langfristige Vertragsbedingungen zu prüfen. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Entscheidungsgrundlage vorzulegen. Die fachlichen Belange des Museums sind prioritär zu beachten.

zu 4.1.4 **Staubschutz auf Baustellen**

Vorlage: 15/SVV/0269

Fraktion DIE aNDERE
auch WA KIS und KOUL

Herr Linke bringt den geänderten Antrag ein: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, künftig bei allen kommunalen Bauaufträgen dafür zu sorgen, dass Baumaßnahmen emissionsarm organisiert und durchgeführt werden.

Folgende im Luftreinhalte- und Aktionsplan der LHP (08/SVV/0293) empfohlenen Maßnahmen sind ~~konsequent umzusetzen~~ **geeignet**:

- ~~- Partikelfilter für Baumaschinen und Fahrzeugen~~
- staubarme Baustraßen
- Wasserberieselung / **Absaugung** bei Abbruch- und Sägearbeiten
- staubarme Lagerung von Schüttgütern

Diese Maßnahmen sind in die städtischen Ausschreibungskriterien für alle Baumaßnahmen aufzunehmen.

Bei der Erteilung von Bau- und Abrissgenehmigungen sind die genannten Maßnahmen als Auflagen oder Nebenbestimmungen vorzuschreiben.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juli 2015 in einer Mitteilungsvorlage über die Umsetzung und den erreichten Sachstand zu informieren.

Über den geänderten Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, künftig bei allen kommunalen Bauaufträgen dafür zu sorgen, dass Baumaßnahmen emissionsarm organisiert und durchgeführt werden.

Folgende im Luftreinhalte- und Aktionsplan der LHP (08/SVV/0293) empfohlenen Maßnahmen sind ~~konsequent umzusetzen~~ **geeignet**:

- Partikelfilter für Baumaschinen und Fahrzeugen
- staubarme Baustraßen
- Wasserberieselung / **Absaugung** bei Abbruch- und Sägearbeiten
- staubarme Lagerung von Schüttgütern

Diese Maßnahmen sind in die städtischen Ausschreibungskriterien für alle Baumaßnahmen aufzunehmen.

Bei der Erteilung von Bau- und Abrissgenehmigungen sind die genannten Maßnahmen als Auflagen oder Nebenbestimmungen vorzuschreiben.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juli 2015 in einer Mitteilungsvorlage über die Umsetzung und den erreichten Sachstand zu informieren.

zu 4.2 **Beschlussvorlagen**

zu 4.2.1 **Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters**

Vorlage: 15/SVV/0373

Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
RPA

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2012 der Landeshauptstadt Potsdam. In der Ergebnisrechnung wurde ein Überschuss von ca. 6,2 Mio. EUR erreicht. Dieses positive Ergebnis konnte unter anderem durch Steuermeerträge erreicht werden.

Herr Exner weist daraufhin, dass es sehr wichtig sei, das Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu steigern. Nur so sei die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig in der Lage aus eigener Kraft zu investieren.

Nachdem die Fragen zum Werteverzehr der Sonderposten und zum Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit durch Herrn Exner beantwortet wurden, lässt der Ausschussvorsitzende diese Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Die Vorlage wird **angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Oberbürgermeister festgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 in der vorliegenden Fassung (Anlage 1). Der Jahresabschluss weist in der Ergebnisrechnung einen Gesamtüberschuss von € 6.219.387,36 aus. Der Gesamtüberschuss ergibt sich aus dem ordentlichen Ergebnis von € 2.941.373,05 und dem außerordentlichen Ergebnis von € 3.278.014,31.
2. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren

über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2012 (Anlage 2). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.

3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Dem Oberbürgermeister wird, entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 erteilt.

zu 4.2.2 Sitzungskalender 2016

Vorlage: 15/SVV/0371

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung auch WA KIS

Die Vorlage wurde **einstimmig angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2016 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2.3 Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten (Kita und Tagespflegestellen) in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Satzung)

Vorlage: 15/SVV/0374

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
JHA (ff)

Herr Tölke, Fachbereichsleiter 38 - Kinder, Jugend und Familie, bringt die Vorlage ein und führt unter anderem aus, dass die Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in der Landeshauptstadt Potsdam seit 2003 nicht angepasst wurde, obwohl die entsprechenden Kosten gestiegen sind. Lediglich zum 01.01.2014 wurde die Beitragsfreiheitsgrenze auf 12.500 EUR angehoben.

In der sich anschließenden Diskussion wurde unter anderem nachgefragt, aus welchem Grund als Berechnungsgrundlage das Bruttogehalt und nicht das Nettogehalt genommen wurde.

Herr Heuer erläutert, dass die Nettogehaltsgrundlage nicht sozial gerecht sei, da man sich über eine Steuererklärung „arm“ rechnen könnte. Er führt hierzu aus, dass die Kitagebühren durch die Eltern bei der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden können.

Herr Linke schlägt vor, die Vorlage aufgrund von aktuellen Entwicklungen, wie ein Schreiben der AWO zur Kitasatzung, zurückzustellen.

Dieser Vorschlag findet keine Mehrheit.

Der Ausschussvorsitzende stellt die o. g. Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**
Ablehnung: **1**
Stimmenthaltung: **2**

Die Vorlage wird **ungeändert beschlossen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten (Kita und Tagespflegestellen) der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Satzung) mit Inkrafttreten zum 01.09.2015.

Die Beitragsdeckelung ab einem Jahreseinkommen von mehr als 77.001 EUR wird mit Wirkung zum 01.09.2015 aufgehoben und auf nunmehr 149.001 EUR festgesetzt.

Die Beitragsfreiheitsgrenze wird erneut, nunmehr von 12.500,99 EUR auf 17.000,99 EUR, angehoben.

In den nächsten zwei Haushaltsjahren ist eine Wirkungsanalyse vorzunehmen und über eine Neufassung der Satzung zu entscheiden.

zu 4.2.4 Handyparken

Vorlage: 15/SVV/0395

Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)

Herr Heinzel bringt den Antrag ein.

Herr Becker, Bereichsleiter Verkehr und Technik, erläutert, dass bis zum Ende des Jahres durch die Verwaltung geprüft werde, ob und inwiefern Handyparken in Potsdam umsetzbar sei. Dabei werden insbesondere die Mehr- und Mindereinnahmen sowie die zu erwartenden Vorteile für den Bürger betrachtet.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

Der Antrag wird **angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Handyparken zuzulassen und die Einführung dieser modernen, bürgerfreundlichen Technologie zu prüfen und öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

Die technischen Voraussetzungen sind dafür zeitnah zu schaffen.

zu 4.3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.3.1 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation

Herr Kaminski dankt der Verwaltung für Ihre Arbeit.

Die Vorlage wird zur **Kenntnis genommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Zur Umsetzung der Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2012 wird der Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt (Anlage).